

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses  
am 20.01.2004**

***öffentlich***

---

**Ort:** Ratshof Raum 105/107  
**Zeit:** 16:30 Uhr bis 19:00 Uhr  
**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	für Frau Weiß, Isa
Frau Ute Haupt	PDS	
Herr Dr. Mohamed Yousif	PDS	
Herr Ulrich Richter	SPD	
Frau Barbara Scheller	SPD	
Herr Manfred Schuster	HAL	
Herr Hans-Jürgen Krause	SKE	
Frau Claudia Pfeiffer	SKE	
Herr Stefan Schulz	SKE	
Frau Jasmine Chaghouri		
Herr Fischer	Verw	
Frau Dr. Christine Radig		
Frau Dorit Schmidt		
Herr Hans-Günter Schneller	Verw	
Frau Dagmar Szabados		
Herr Goswin van Rissenbeck		
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Verw	

**Entschuldigt fehlen:**

Frau Dr. Sabine Fiedler	CDU	E
Frau Isa Weiß	CDU	E
Frau Marlies Schaffer	PDS	E
Frau Yvonne Berktold	UBF	
Frau Petra Meißner	FDP	
Frau Antje Born	SKE	
Frau Ute Fuchs	SKE	
Frau Brit Schibilla	UBF	
Frau Dr. Uta Schwarzer		
Frau Sylvia Plättner	AWO	E

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Mitteilungen
5. Bericht zur Umsetzung des Gesundheitssystemmodernisierungsgesetzes (GMG)
6. Bericht zur aktuellen Entwicklung bei der Umsetzung der AGENDA 2010
7. Haushaltsplan 2004 - Verwaltungshaushalt  
Kenntnisnahme der Beschlüsse vom 02.12.2003  
Vorlage: III/2003/03862
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
9. Anfragen von Stadträten
10. Beantwortung von Anfragen
- 10.1. Haushaltsplan 2004 - Verwaltungshaushalt  
Änderungen auf Grund bundesgesetzlicher Regelungen (AGENDA 2010)  
Vorlage III/2003/03866  
(Vorlage wird nachgereicht)

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Wortprotokoll:**

Der Ausschussvorsitzende **Herr Kupke** begrüßt die Anwesenden und leitet die Beratung. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

## zu 2      **Feststellung der Tagesordnung**

---

### **Wortprotokoll:**

**Frau Szabados** informiert im TOP 10 Mitteilungen über den Baubeschluss - Umgestaltung Marktplatz. Der TOP wird vorgezogen.

### **Beschluss:**

Die Tagesordnung wird angenommen.

**Festlegung:** Die Sitzung im Februar entfällt. Die nächste Beratung findet am 02. März statt.

**zu 3      Genehmigung der Niederschrift**

---

**Wortprotokoll:**

Die Genehmigung der Niederschrift vom 02.12.2003 wird auf die nächste Sitzung vertagt.

## zu 4      **Mitteilungen**

---

### **Wortprotokoll:**

#### Baubeschluss - Umgestaltung Marktplatz

**Frau Szabados** erläutert einleitend, dass die vorliegende Fassung seit der letzten BEIKO von vor zwei Tagen vorliegt. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss wird gebeten, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen und vorzubereiten.

**Frau Haupt** kritisiert die Vorlage am heutigen Tag im SGA, da eine Diskussion mit den Vertretern der Behindertenverbänden erst am 27.01.04 stattfindet.

**Frau Grimmer** stellt aus dem Baubeschluss - Umgestaltung Marktplatz, die für den Sozial- und Gesundheitsausschuss relevanten Passagen, die Anlagen 1, 13 und 14 vor:

Als wesentlichster Diskussionspunkt erweist sich die Frage nach der Länge der behindertenfreundlich anzulegenden Bahnsteige in Nord Süd Richtung. Es geht um die Entscheidung ob der Ausbau über 40 m erfolgt, damit aus Sicht der HAVAG, sowie der Gesetzgebung (Bundesbaustellengesetz) barrierefrei erfolgt, oder ob eine verkürzte Variante von 25 m Länge umgesetzt wird.

Diese hätte nach Auskunft von **Frau Szabados** den Vorteil, dass die erforderliche Absenkung nicht zur erheblichen Barriere beim Queren des Platzes für Behinderte, Senioren, Frauen mit Kinderwagen u.a. Mobilitätseingeschränkte wird. Die verkürzte (25 m) Variante wird von der Stadtverwaltung Halle favorisiert, obwohl damit, so nach Befragung von **Herrn Dr. Fischer** die gesetzliche Vorgabe zur Barrierefreiheit (Bundesbaustellengesetz) nicht für alle Mobilitätseingeschränkten erfüllt wird.

In der weiteren Diskussion legt **Herr Girard** noch einmal die Vorteile des 40 m langen Ausbaus dar, untersetzt seine Ausführungen mit Untersuchungen und Zählungen seines Unternehmens und informiert dass täglich rund 18 Tausend Menschen mit Mobilitätsbehinderung die Tram am Markt nutzen. Er macht eindringlich darauf aufmerksam, dass durch die verkürzte Variante, Fördermittel unter Umständen nicht bewilligt würden.

**Herr Richter** weist darauf hin, dass die Passage des Marktes durch die schnelle Taktfolge der Bahnen immer gestört sein wird. Er mahnt in der Diskussion mehrfach an, dass den Stadträten nicht alle Fakten bzw. bestehende alternative Vorschläge vorliegen.

Die Frage von **Herrn Kupke** nach ausklappbaren Treppen an den Ausstiegen, ähnlich wie bei Bussen, beantwortete **Herr Girard** negativ. Da keine technische Machbarkeit für Trams vorliegt (z.B. Hublift ist zu langsam).

**Frau Scheller** schlägt vor, ein mobiles Zusteigesystem, dass bei Bedarf durch die Tramfahrer herangerollt wird, anzuschaffen.

Die Diskussion wird beendet. Der Stadtrat hat diese Abwägungen bei seiner Entscheidung vorzunehmen. Es muss ein Kompromiss eingegangen werden.

## zu 5 Bericht zur Umsetzung des Gesundheitssystemmodernisierungsgesetzes (GMG)

---

### Wortprotokoll:

**Herr Schneller** informiert über die Versicherungspflicht von Sozialhilfeempfängern, bei den Krankenkassen. Betroffen ist ein Personenkreis von 4.500 Sozialhilfeempfängern in Halle. Sie haben die gleichen Ansprüche wie alle andern Versicherten - 90% sind bei der AOK, 10% bei weiteren 15 Krankenkassen versichert.

Ausgenommen sind drei Gruppen:

- Personen die unter einem Monat Sozialhilfe beziehen
- Tagessatzempfänger und
- Asylbewerber

**Frau Szabados** erwartet eine Reduzierung der Kosten im Bereich Hilfe in besonderen Lebenslagen im Jahr 2004 von ca. 2-2,5 Milliarden €.

Über das GMG wird weiter im Sozial- und Gesundheitsausschuss informiert.

**zu 6 Bericht zur aktuellen Entwicklung bei der Umsetzung der AGENDA  
2010**

---

**Wortprotokoll:**

Informationspapier - Eckpunkte zu den Auswirkungen der Reformvorhaben - wird  
ausgegeben.

Durch das SGB II und Folgegesetze stehen in Halle einer Entlastung des  
Kommunalhaushaltes in Bezug auf Sozialhilfelasten von 64,2 Mio. € eine Belastung von 51  
Mio. € gegenüber. Das bedeutet eine Entlastung von 13,2 Mio. € in der Stadt Halle (Saale).

**zu 7      Haushaltsplan 2004 - Verwaltungshaushalt  
Kenntnisnahme der Beschlüsse vom 02.12.2003  
Vorlage: III/2003/03862**

---

**Wortprotokoll:**

Die schriftlichen Unterlagen zum Tagesordnungspunkt liegen den Ausschussmitgliedern vor. **Frau Szabados** erklärt das der Haushaltsentwurf vom November 2003 auf dem Entwurf zur Neuregelung (Hartz IV) – auf der Zusammenlegung von Arbeitslosen– und Sozialhilfe zum 01.07.2004, beruhte. Diese Zusammenlegung erfolgt nun aber erst zum 01.01.2005.

Das hat eine Anstieg der Arbeitslosenempfänger in die Sozialhilfe um insgesamt 2.400 Personen, zur Folge.

Die vorgesehene Kostenentlastung von rund 13 Mio. € tritt daher nicht in Kraft. Die Informationen über die Änderungen kamen erst Ende 2003. Der Haushalt des Sozialbereichs muss aufgestockt werden. 16,8 Mio. € müssen in den Gesamthaushalt eingeplant werden.

Zum Arbeitslosengeld II wird ausgeführt, dass die veranlagten Einnahmen und Ausgaben auf Null gesetzt werden, da die gesetzliche Regelung erst ab 01.01.05 in Kraft tritt. Es entstehen Mindereinnahmen da mit eine Verwaltungskostenpauschale gerechnet wurde (900.000 €) für die nunmehr keine gesetzliche Grundlage besteht.

Nach einer neuen Entscheidung muss die Kommune die Unterkunftskosten tragen.

Nach einer Hochrechnung handelt es sich um rund 50 Mio. €.

Davon hätte eine Entlastung von 27 Mio. € über das Arbeitslosengeld II stattgefunden. Für Halle bleibt eine Belastung von 51 Mio €. Diese Situation wurde vom Land Sachsen-Anhalt erkannt. Von 187 Mio. € bereitgestellten Landesmitteln, erhält die Stadt Halle 12 % d.h. 22,4 Mio. €. Diese Summe mildert die Belastung von 51 Mio € ab.

**Frau Szabados** schätzt ein, das das Prinzip Leistungen aus einer Hand ist derzeit nicht mehr erkennbar.

Die Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschuss nehmen die gesetzlich bedingten und daher nicht zu diskutierenden Änderungen zur Kenntnis und stimmen mehrheitlich der Änderung im Entwurf der Haushaltssatzung 2004 zu.

**Herr Dr. Wilhelms** informiert, dass der Betriebsärztliche Dienst seit 01.01.04 dem fb53 (FB 53) zugeordnet wurde. Zuvor bestand die Zuordnung zum Fachbereich Organisation und Personalservice (FB 11). Die Haushaltsstelle wurde vom FB 11 beim Übergang an den FB 53 auf 0 € gesetzt.

Zur Erfüllung der Aufgaben ist daher eine Aufstockung von 95.100 € erforderlich.

Eine Neueinstellung, lt. Fachkonzept Fachbereich Gesundheit/ Veterinärwesen (FB 53) möglich, wurde vorgenommen.

**Frau Dr. Köhler** ist seit Jahresbeginn 2004 im Fachbereich mit ½ Stelle Betriebsärztliche Dienst und eine ½ Stelle Kinder- und Jugendgesundheitsdienst tätig.

Die Mitteilung wird vom Sozial- und Gesundheitsausschuss zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

## **Abstimmung**

Sachkundige Einwohner	Dafür	3
	Dagegen	0
	Enthaltung	0
Stadträte	Dafür	4
	Dagegen	0
	Enthaltung	2

## **Beschluss:**

**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt zu.**

**zu 8      Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**Wortprotokoll:**

keine

## zu 9      **Anfragen von Stadträten**

---

### **Wortprotokoll:**

**Herr Kupke** erkundigt sich nach Vergabekriterien von LOS-Projekten z.B. Arbeitsmarktrelevanz.

**Frau Szabados** informiert, dass eine interne Jury die Projekte z.B. nach Nachhaltigkeitskriterien bewertet hat. Es handelt sich um kleine Bausteine, wobei Arbeitsmarktrelevanz ein Kriterium ist. Zielstellungen sind insbesondere die Aufwertung von Stadtteilen und ein Anschub von kleinen bleibenden Existenzen. Die Anträge sind geprüft und mit den Mittelgebern (ESF) abgestimmt.

Eine Liste der Projekte wird dem Protokoll zugefügt.

**zu 10    Beantwortung von Anfragen**

---

**Wortprotokoll:**

**zu 10.1 Haushaltsplan 2004 - Verwaltungshaushalt  
Änderungen auf Grund bundesgesetzlicher Regelungen (AGENDA  
2010)  
Vorlage III/2003/03866  
(Vorlage wird nachgereicht)**

---

**Wortprotokoll:**

Die Vorlage wird den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Sozial- und Gesundheitsausschuss schriftlich übergeben.

**Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Untersetzung der mit dem Haushaltsplan beschlossenen Änderungen in den Unterabschnitten 4122 und 5011 zur Kenntnis.

Für die Richtigkeit:

Datum: 26.02.13

---

---